

Ein Haus auf dem Friedhof

Eine Bürgerinitiative sammelte 3800 Unterschriften gegen die Bebauung der Friedhöfe. Auch der Denkmalschutz protestierte. Doch Kirche und Politik blieben unbeeindruckt.

Eine Chronologie der Ereignisse.

von Hans W. Korfmann

Eigentlich beginnt diese Geschichte Ende des 18. Jahrhunderts, als der Friedhof am Gendarmenmarkt zu klein wurde für die damals rasant wachsende Stadt an der Spree. Jede Woche trug man fünfzig Tote zu Grabe, denen nur noch zwei Jahre ewiger Ruhe vergönnt waren – dann mussten sie Platz machen für die nächsten. Deshalb suchte man nach Ausweichquartieren außerhalb der Stadtmauern, 1825 richteten dann gleich mehrere Gemeinden ihre Friedhöfe vor dem Halleschen Stadttor und auf den alten Weinbergen zwischen der heutigen Bergmannstraße und Jüterboger Straße ein.

Inzwischen stehen diese Friedhöfe unter Denkmalschutz und in jedem Reiseführer. Im Sommer sitzen Touristen und Großstadtbewohner auf den Bänken unter den hundertjährigen Baumriesen und auf den kleinen Lichtungen innerhalb der Friedhofsmauern. Filmteams richten ihre Scheinwerfer auf die Idylle zwischen Grufte und Gedenksteinen, Historiker führen Besuchergruppen durch die Grablandschaft und erzählen fast vergessene Geschichten. Die Friedhöfe an der Bergmannstraße sind ein Ort der Ruhe und Kontemplation, Naturschützer ebenso wie Denkmalschützer haben ein wachsames Auge auf das städtische Kleinod geworfen.

Doch während die Besucherzahlen wachsen, wird die der zahlenden Kundschaft, die sich an der Bergmannstraße zur letzten Ruhe begeben möchte, angeblich immer kleiner. Es wird zu selten gestorben, Berlins Friedhöfe, die katholischen wie die evangelischen, klagen über schlechte Geschäfte. Von den kostengünstigen Urnenbestattungen könne man nicht mehr leben. Die Pflege von Wegen, Bäumen und denkmalgeschützten Gräbern und Gebäuden sei kostentintensiv, der Senat lasse die Kirchen bei der Pflege sträflich im Stich.

In ihrer Not sah sich die Friedhofsverwaltung an der Bergmannstraße gezwungen, eine Kapelle als Wohnsitz zu verpachten, Privatparkplätze für die neuen Mieter einzurichten und ein Café zwischen den Gräbern zu eröffnen. Um an Gelder aus dem europäischen Kulturfonds zu gelangen, plante sie die Umgestaltung eines Teils ihrer Friedhöfe zu einem »Friedhofspark«, der sogar einen separaten Eingang für abendliche Veranstaltungen erhalten sollte. Den schwerwiegendsten Eingriff in die stille Stadtidylle allerdings stellten die Baupläne der Kirche am südlichen Ende der Friedhöfe dar: Wohnungen zwischen den Gräbern. Da begann sich die Nachbarschaft Sorgen zu machen.

Die Sorge ist nicht unberechtigt. Bereits 2016 hat der Senat mit dem *Evangelischen Friedhofsverband Stadtmitte* den »Friedhofentwicklungsplan« erarbeitet, der vorsieht, von insgesamt 265 Hektar Friedhofsflächen etwas weniger als die Hälfte zu Parkanlagen, Grünflächen oder Bauland umzugestalten. Pfarrer Gahlbeck, zugleich



Foto: Dieter Peters

amtierender Geschäftsführer des Friedhofsverbandes, bestätigte: »Wir möchten mit der Randbebauung den Erhalt des Friedhofes sichern«.

Geplant seien 53 Apartments auf dem Friedrichswerderschen Friedhof für etwa 150 Geflüchtete in moderner und ökologischer Modulbauweise. Dadurch können sich die Bauherren auf die vereinfachten Baubedingungen des Sonderparagrafen 246 zur Errichtung von Flüchtlingsunterkünften berufen. Anschließend könnten »Studenten oder Künstler« dort einziehen. So Gahlbeck noch 2016.

Aber Kreuzberger sind skeptisch. Sie gründen eine Bürgerinitiative und beginnen mit dem Sammeln von Unterschriften, während SPD, Grüne und Kirche geschlossen hinter dem Bauprojekt stehen. Die lokale SPD lässt es sich nicht nehmen, mit Flugblättern vor der Marheineke-Markthalle für die Bebauung zu werben, während ein Pfarrer im Gottesdienst die Mitstreiter der Initiative beschuldigt, gegen die Errichtung von Unterkünften für Kriegsflüchtlinge zu sein. Obwohl viele ihrer Unterstützer selbst in der Flüchtlingshilfe engagiert sind.

Ihrer Sache sicher beginnen die Friedhofsgärtner schon einmal damit, auf dem potentiellen Baugrundstück an der Jüterboger Straße Baumschnitt, Unrat und ausgediente Grabsteine abzulagern. Innerhalb von drei Jahren wächst ein unansehnlicher Müllberg vor den denkmalgeschützten Erbbegräbnissen in den Himmel, Bäume sterben ab. Auf dieses Feld, das die Friedhofsverwaltung jetzt als »Wirtschaftshof« bezeichnet, führt man an einem regnerischen Oktobernachmittag des Jahres 2019 die Kommission der Denkmalschützer, damit sie sich ein Bild vor Ort machen kann. Einen trostloseren Ort als diesen gibt es in ganz Kreuzberg nicht.

Doch die Denkmalschützer bleiben unbeirrt: »Ein Baukörper des geplanten Ausmaßes und der vorgesehenen Positionierung wird die Lesbarkeit und Substanz des Gartendenkmals beeinträchtigen«, bemerkt der Landesdenkmalrat und macht in seinem Gutachten darauf aufmerksam, dass »der geplante Neubau an dieser Stelle städtebaulich nicht hinreichend durchdacht ist und auf die Struktur des Friedhofs keine Rücksicht nimmt. Da es sich nicht um eine temporäre Maßnahme handelt, sondern letztendlich um eine generelle Umwidmung in Wohnflächen...«, regt das Amt an, »für den geplanten Neubau einen alternativen Standort zu finden.«

Bezirk und Denkmalschutz können sich nicht einigen. Doch bis zum 31. Dezember muss der Antrag genehmigt werden, danach verliert der Sonderparagraf seine Wirkung. Die grüne Bezirksbürgermeisterin und ihr grüner Stadtrat haben dem christlichen Bauvorhaben auf der Grünfläche längst ihren Segen gegeben, doch das noch notwendige Gutachten des Landesdenkmalamtes steht auch Mitte Dezember noch aus. Die Entscheidung ist nicht einfach, schließlich



Foto: Sönke Tollkühn

handelt es sich um keine Gartenlaube: 5 Stockwerke hoch, 55 Meter lang, Seitenflügel von 17 Metern und Freiflächen, die 45 Meter in die Grablandschaft hineinragen. Eine Wohltat für den schlaffen christlichen Klingelbeutel, aber ein Grauen für Natur und Kulturlandschaft.

Gerade noch rechtzeitig, am 18. Dezember, stehen fünf Vertreter der Bürgerinitiative vor der »Senatsverwaltung für Kultur und Europa«, gleichzeitig Sitz der Obersten Denkmalschutzbehörde. Wenn sich der Bezirk und die unteren Denkmalschutzbehörden nicht einigen können, wird hier oben entschieden. Die Kreuzberger übergeben dem zuständigen Staatssekretär Woop die Kladde mit 3800 Unterschriften. 3800 gültigen Stimmen gegen die Bebauung der Friedhöfe an der Bergmannstraße. Wenig später fällt die Entscheidung.

Eine Entscheidung hinter fest verschlossenen Türen. Noch Mitte Januar war kein Wort über den Ausgang der Beratungen an die Öffentlichkeit gelangt. Nachfragen beim Friedhofsverband blieben ebenso unbeantwortet wie beim Senat. Lediglich Gerüchte verbreiteten sich, dass das Landesdenkmalamt in seinem finalen Gutachten dem Bauantrag nicht zugestimmt habe. Alle am Entscheidungsprozess beteiligten Fachgremien hätten Zweifel geäußert und zusätzliche Unterlagen angefordert, niemand habe unumwunden zugestimmt, auf allen Ebenen habe man sich gekrümmt und verkrümmt.

Am 21. Januar wurde offiziell bekannt gegeben: »Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg hat nach Abwägung aller Umstände den Bauantrag für die Randbebauung befürwortet. Das Landesdenkmalamt ist der entsprechenden Begründung des Bezirks jedoch nicht gefolgt«. Da sich Bezirk und Denkmalamt nicht einigen konnten, habe der Senat als oberste Instanz entscheiden müssen. Der habe »für die beantragte Maßnahme ein überwiegendes öffentliches Interesse festgestellt und denkmalfachliche Bedenken zurückgestellt.« Am 31. Dezember, wenige Stunden vor dem Auslaufen des Sonderparagraphen, wurde daraufhin »vom Bezirksamt die Baugenehmigung erteilt.«

Der Evangelische Friedhofsverband wird sich freuen. Die 4000 Kreuzberger dagegen, die mit ihren Unterschriften gegen den Bau protestierten, ärgern. Zumal die *Morgenpost* in einem Beitrag vom 22. Januar sie mit keinem Wort erwähnte, sondern nur »von rund 20 Gegnern einer Friedhofsbebauung« sprach.

Inzwischen nimmt die Bebauung Gestalt an, die Pläne der Architekten zeigen einen attraktiven Neubau mit begrünter Fassade und jungen Bewohnern, die vor dem Haus telefonieren oder Radfahren. Die künftige Jüterboger Straße 5 sieht aus wie eine Top-Adresse im Grünen, Baubeginn noch in diesem Jahr, Fertigstellung Herbst 2021. Zumindest bis dahin wird hier wohl niemand mehr in Frieden ruhen. •